



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 3 18 31-33
Fernschreiber 039 800

Z/X/178 - 5.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Im Vorfeld der Moskau-Reise	S. 1
Der zweite Versuch des Kreml - Bericht aus Belgrad -	S. 3
Hintergründe zum Unglück auf Zeche Dahlbusch	S. 5

Unerfreulicher Auftakt

sp - Die letzten offiziellen Erklärungen über die bevorstehende Moskau-Reise des Bundeskanzlers von westdeutscher wie von sowjetischer Seite haben nachdrücklich bestätigt, dass die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau das eigentliche Thema der Unterhaltungen sein wird, nicht die Frage der deutschen Wiedervereinigung.

Vielleicht - eine Gewissheit besteht natürlich nicht - wäre dies anders, wenn der Bundeskanzler mit Ideen und praktischen Vorschlägen in die sowjetische Hauptstadt führe, die wenigstens Ansatzpunkte für einen Brückenschlag zwischen den westlichen und den östlichen Vorstellungen böten. Davon ist weit und breit nichts zu sehen. Was in dieser Hinsicht vorliegt, ist während der Genfer Konferenz von britischer Seite gekommen und hat auch gewisse Aussicht, mit Gesprächsgegenstand auf der Genfer Konferenz Anfang Oktober zu werden.

Aber diese praktische Initiative hätte in erster Linie von westdeutscher Seite kommen müssen, was nicht geschehen ist. Die Politik des Bundeskanzlers in den ganzen letzten Jahren hätte ihn dabei, auch soweit er einmal von der vorbehaltlosen Übernahme amerikanischer Auffassungen abgegangen wäre, gewiss gegen jeden Vorwurf der Unzuverlässigkeit abgeschirmt. Aber für den Bundeskanzler ist es seit langem oberstes Gesetz, nicht um Haarsbreite von dem abzuweichen, was das State Department für richtig hält, nicht einmal in der theoretischen Über-

legung, geschweige denn in der politischen Praxis.

Es war und ist aber die Aufgabe des Bundeskanzlers, mit äußerster Anstrengung nach Wegen zu einem Ausgleich der Interessen zu suchen, die der Westen wie der Osten an "ihrem" Teil Deutschlands oder auch an Gesamtdeutschland haben. Es war und ist seine Pflicht, ganz unabhängig davon, ob die Sowjets in diesem Punkt ebenso bereitwillig mit sich würden sprechen lassen, wie in der Frage der Normalisierung ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik. Das starre und einfalllose Übernehmen dessen, was das State Departement für die richtige Deutschlandpolitik hält, löst die deutschen Schwierigkeiten nicht, bereitet diese Lösung nicht einmal vor. Das sieht im Grunde auch der Westen, dem das freilich relativ gleichgültig sein kann. Wenn dieser Tage Walter Lippmann schrieb, die Vorstellungen Adenauers gäben nicht viel Spielraum für Kompromisse und solange sie nicht revidiert würden, werde es keine Lösung der deutschen Frage geben, so mag das aus amerikanischer Sicht sogar mit einer gewissen Genugtuung festgestellt sein, zumindest wenn diese Betrachtungsweise die absehbare Zukunft im Auge hat. In Deutschland aber kann diese durchaus richtige Erkenntnis nur Bitterkeit auslösen.

Dass die Sowjets ihn vor den Franzosen einladen und auch ehe sie die Verabredung für ihren eigenen Besuch in London trafen, mag dem Bundeskanzler glatt eingegangen sein, angesichts der Art, wie die Sowjets ihn bisher, vor allem in ihrer politischen Propaganda, behandelt haben. Aber das wäre eine Zufriedenheit von sehr fragwürdigem Wert für das tatsächliche deutsche, für das gesamtdeutsche Interesse. Denn Dr. Adenauer muss sich sagen, dass die plötzliche Bereitwilligkeit, mit der die Russen ihn aufgefordert haben, sie zu besuchen, in dem Sinne verdächtig ist, dass offenbar niemand von den maßgebenden Männern im Kreaml von ihm Vorschläge zur Frage der deutschen Wiedervereinigung erwartet, die in Moskau wegen ihres realistischen Inhaltes ernste Verlegenheit schaffen könnten. Vielmehr ist man offenbar ziemlich fest davon überzeugt, dass Adenauer reif für Gespräche ist, die nach dem erklärten Willen der Sowjets der Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik dienen und das heißt praktisch, die Fortdauer der deutschen Teilung fördern, im Sinne der sowjetischen Thesen, dass die Zeit für die deutsche Einheit noch nicht gekommen sei.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie die Absicht des Bundeskanzlers, nach Moskau zu fahren, begrüßt hat, so tat sie das in der, nicht eben sehr begründeten Erwartung, dass diese Reise zu einer ernsten und vom Sinn für Tatsachen getragenen Anstrengung genutzt werden würde, die Frage der deutschen Einheit vorwärts zu treiben. Aber alles, was bisher dazu bekannt geworden ist, lässt diese Hoffnung leider trügerisch erscheinen. Die Bundesregierung bleibt in dieser Angelegenheit passiv - wenn man von Versicherungen ihres guten Willens absieht.

Jugoslawische Parlamentarier besuchen die Sowjetunion

Lp, Belgrad

Siebzehn Mitglieder der jugoslawischen Bundesversammlung und des Rates der Produzenten sind auf Einladung des Obersten Sowjets zu einem zweiwöchigen Besuch in die Sowjet-Union abgereist. Die Verhandlungen über diesen Besuch, der eine Kontaktnahme von Partei zu Partei darstellt, haben schon Mitte April begonnen, also vor dem Besuch der sowjetischen Staatsmänner in Jugoslawien. Die jugoslawische Delegation ist "stark", denn von 14 Bundesabgeordneten gehören 12 dem Zentralkomitee des "Bundes der jugoslawischen Kommunisten" an, wie sich seit 1952 die frühere KPJ nennt, 8 sind Träger des Ordens "Held der Nation", gehören also zur Elite der kommunistischen Bewegung.

Dennoch fällt auf, dass der Präsident der Skupschtina, Mosha Pijade, nach Marschall Tito der zweite Mann der politischen Hierarchie Jugoslawiens, die Reise nach Moskau nicht mitmacht, obwohl er bisher Delegationschef fast aller jugoslawischer Parlamentarierreisen war. Man hat in Belgrad weiter darauf Bedacht genommen, nicht nur Kommunisten in die UdSSR zu entsenden, sondern auch zwei hervorragende Vertreter des "Sozialisten-Bundes", der politischen Massenorganisation, die aus der früheren "Volksfront" hervorgegangen ist. Vorsichtig waren auch die Abschiedsworte des Dr. Bakarić, der es als Zweck der Reise bezeichnete "gegenseitiges Mißtrauen zu beseitigen, einen Meinungsaustausch zur Besserung der Beziehungen herbeizuführen".

In politischen Kreisen Belgrades erinnert man sich, dass es dem Sowjetbotschafter Valjkoff noch im März bei einer Begegnung mit Tito sehr darum zu tun war, die alten parteipolitischen Beziehungen zu beleben, wie sie vor 1948 im Zeichen des Kominform bestanden hatten. In verstärktem Maße hatte Chruschtschew in seiner inzwischen berühmt gewordenen Belgrader Flugplatzrede versucht, einen kommunistischen Verbrüderungston anzuschlagen. Das jugoslawische Echo war kühl-abweisend. Als Tito am folgenden Tag am Verhandlungstisch die Sowjetdelegierten mit "Meine Herren" ansprach, wollte Chruschtschew ihn

zurechtweisen mit der Bemerkung: "Wir sind doch hier am Tisch keine Herren, sondern - Genossen." Tito parierte dies mit dem Wort: "Ob wir Genossen sind, wird sich erst am Ende der Konferenz zeigen."

Noch deutlicher hat sich Tito unlängst in einer Rede auf einer Massenkundgebung vor 200.000 Menschen ausgedrückt, als er, bei aller Würdigung der Fortschritte in der Normalisierung und Besserung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion, ausrief: "Wir sind Kommunisten - wünschen aber nicht, einem kommunistischen Lager anzugehören." Damit hat Tito eine indirekte Antwort auf einen Artikel der Moskauer "Prawda" erteilt, der die Erwartung auf eine in Zukunft engere Zusammenarbeit zwischen den beiden "Bruder-Parteien" aussprach. "Prawda" schrieb, die KP-SER betrachte es als wünschenswert, eine Annäherung zwischen beiden Parteien herzustellen.

Es ist nicht anzunehmen, dass sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion durch die neuerliche Ablehnung Tito entmutigen lassen wird, ihre Versuche fortzusetzen, den jugoslawischen Kommunistenbund wieder stärker an sich heranzuziehen. Unter diesem Gesichtspunkt ist daher die erste jugoslawische Parlamentarierreise in die Sowjetunion seit 1948 besonders interessant.

In jugoslawischer Sicht wünscht man Ausgestaltung der zwischenstaatlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und vermerkt mit Befriedigung, dass auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht werden, so z.B. durch die soeben vereinbarte Erweiterung des jugoslawisch-sowjetischen Handelsabkommens von 20 auf 52 Millionen Dollar für 1955. Neuerdings ist auch, wenn noch unbestätigt, die Rede von der Vergabe eines sowjetischen 120-Millionen-Dollar-Kredites an Jugoslawien und von der Erteilung einer Baulizenz für sowjetische MIG-15-Jäger an Jugoslawien. Ein ganz anderes Kapitel ist aber in jugoslawischen Augen das der Wiederherstellung parteipolitischer Beziehungen, denen nun einmal in Jugoslawien die unerfreuliche Erinnerung des Jahres 1948 anhaftet, auch wenn der Belgrader Sowjetbesuch vom Mai-Juni eine Art offizielles Begräbnis des Bruches vom Jahre 1948 war.

* * *

5.8.1955

Warum wurde der Betriebsrat nicht gefragt?

gm, Gelsenkirchen

Sechzehn Bergleute der in belgischem Besitz befindlichen Zeche Dahlbusch in Gelsenkirchen-Rotthausen, wurden am Mittwoch aus 900 m Tiefe tot und 21 mit teilweise sehr schweren Brandverletzungen lebend geborgen. Zur Eindämmung des Grubenbrandes wurde am Donnerstagfrüh das betroffene Revier vermauert, in dem noch 25 Bergleute vermißt werden.

Solche Brände unter Tage können Jahre dauern. Man wird vermutlich niemals erfahren, ob die Bergleute zu diesem Zeitpunkt noch lebten - eine wahrhaft erschütternde Ungewissheit. Nach Mitteilung der Bergbehörde sind vor der Einstellung der Rettungsaktionen alle zuständigen Stellen befragt worden. Dem widerspricht die Grubensicherheitsabteilung im Hauptvorstand der IG Bergbau, Bochum, mit aller Entschiedenheit. Der Leiter dieser Abteilung war zu dem fraglichen Zeitpunkt zusammen mit dem Betriebsratsvorsitzenden, der nach § 58 des Betriebsverfassungsgesetzes gehört werden mußte, auf der Zeche. Beide befanden sich in einem anderen Raum des Zechen-Gebäudes, nur wenige Meter von der Wasch-Kaue entfernt, in der die Entscheidung fiel. Die Verantwortung für die Einstellung der Rettungsaktion liegt dabei ausschließlich bei der Zechenleitung und der Bergbehörde. Ob der Beschluß richtig oder falsch war, wird die parlamentarische Grubensicherheitskommission zu entscheiden haben, die am Sonnabend auf Dahlbusch verhandelt. Der IG Bergbau und dem Betriebsrat waren die genauen Gründe für diesen dramatischen Beschluß nicht bekannt. Das ist mehr als eine schwere psychologische Ungeschicklichkeit, es ist eine Geste der Nichtachtung gegenüber den Vertretern der Belegschaft, um nicht zu sagen gegenüber den Betroffenen und ihren Angehörigen, über die noch zu reden sein wird.

Über die Gründe des Unglücks auf Dahlbusch herrscht noch Unklarheit. Es steht nur fest, dass eine Schlagwetter-Explosion erfolgt ist. Diese Gefahr ist bei Dahlbusch besonders groß. Leider war bisher nicht zu erfahren, wann und mit welchem Ergebnis der Wettersteiger im be-

troffenen Revier zuletzt geprüft hat, ob die Luft nicht mehr als die bergrechtlich gerade noch statthaften 0,5 % Methan-Gase enthalten hat. Jedenfalls steht fest, dass sich schlagende Wetter gesammelt haben, denn sonst hätte eine Explosion nicht erfolgen können. Ein plötzlicher Einbruch größerer Methan-Gas-Mengen ist aber nach Lage der Dinge unwahrscheinlich. Wie es möglich war, dass sich ein gefährliches Wettergemisch unbeachtet bilden konnte, wenn die vorgeschriebenen Kontrollen genau durchgeführt worden sind, dass wird die parlamentarische Grubensicherheitskommission zu entscheiden haben.

Gerade auf dieser Schachtanlage sind besondere Vorsichtsmaßnahmen notwendig, denn es ist ganz ungewöhnlich, dass sich auf einer Zeche in 12 Jahren drei besonders schwere Unglücksfälle ereignen, die 1943 37, 1950 78 und jetzt wieder 41 Menschenleben forderten. Nach dem Unglück von 1950 wurden "erhebliche sicherheitliche Mängel" festgestellt, was damals von der Zechenleitung zunächst entschieden bestritten wurde. Angesichts dieser Häufung schwerer Unglücksfälle auf Dahlbusch wird vielfach der Verdacht geäußert, dass die ausländischen Eigentümer mehr auf die Förderung als auf die Sicherheit der Bergleute achten. Ein schlüssiger Beweis dafür ist bisher nicht erbracht worden.

Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, dass der der FDP angehörende Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Friedrich Middelhaufe, im Herbst des vergangenen Jahres für die Auflösung dieser parlamentarischen Grubensicherheitskommission eintrat. Dafür wollte er die seinen Ministerium unterstehende Bergaufsichtsbehörde personell und einflußmäßig stärken. Eine Auflösung der Landtagskommission würde jedoch bedeuten, dass die öffentliche Kontrolle über den Bergbau hinfällig wird. Diese Bestrebungen sind umso bedenklicher, als es schon ungewöhnlich ist, dass eine im wesentlichen der Sicherung von Menschenleben im Betrieb dienende Behörde nicht dem Arbeitsministerium, sondern dem der Unternehmerseite ungleich stärker verbundenen Wirtschaftsministerium untersteht. Über den inneren Standort dieser Behörde geben unwillige Bemerkungen von einigen ihrer Angehörigen über die Sitte im Düsseldorfer Landtag Aufschluß, sich zur Ehrung tödlich verunglückter Bergmänner zu erheben. Das täte man ja auch nicht bei Unglücksfällen in anderen Berufen...